

11.02.2025

Antrag

der Fraktion der SPD

Kostenfreies Mittagessen und eine gebührenfreie Bildung. Für gute Startchancen von Anfang an.

I. Ausgangslage

Ohne die SPD-geführte Bundesregierung hätte es im schwarz-grünen Nordrhein-Westfalen keinerlei familien- und bildungspolitische Fortschritte gegeben. Doch nicht jede falsche landespolitische Weichenstellung konnte verhindert werden: Die Wüst-Regierung steht für Rekord-Kitaschließungen, Negativrekorde beim Kita-Ausbau und gebrochene Versprechen beim OGS-Gesetz, bei der Beitragsfreiheit und beim kostenfreien Mittagessen. Immer wieder werden Kinder und Familien mit Verweis auf die Finanzlage vertröstet.

Der Bund hat sich in den vergangenen Jahren hingegen zu einem immer wichtigeren Finanzierungspartner in der frühkindlichen Bildung und im Schulbereich entwickelt. So ist durch das Gute-Kita-Gesetz ein Baukasten für alle Länder geschaffen worden, um die frühkindliche Bildung passgenau für das jeweilige Bundesland zu unterstützen. In Nordrhein-Westfalen konnten Handlungsfelder ausgewählt werden, die zu einer Sicherung der Qualität in der frühkindlichen Bildung und zur Entlastung von Familien beigetragen haben. An diesem sinnvollen Baukastenprinzip muss festgehalten und die Förderung der frühkindlichen Bildung verstetigt werden. Mit dem Startchancenprogramm hat sich der Bund für einen Zeitraum von 10 Jahren verpflichtet, die Ländern bei der Förderung sozioökonomisch benachteiligter Schülerinnen und Schüler zu unterstützen und Schulen in strukturell benachteiligten Stadtteilen zu stärken. Dafür stellen Bund und Länder insgesamt 20 Milliarden Euro bereit. Das war ein bildungspolitischer Meilenstein. Bildungserfolg und soziale Herkunft müssen entkoppelt werden. Darum gilt es gemeinsam mit dem Bund weitere Schritte zu gehen. Dazu gehört der schrittweise Ausbau des Startchancenprogramms an Schulen und die Ausweitung des Programms auf Kitas in sozial benachteiligten Stadtteilen.

Den Einrichtungen in der frühkindlichen Bildung kommt ein hoher Stellenwert zu, wenn es um die Entwicklung von Kompetenzen und die Angleichung von Chancen geht. Wesentlich für die Entwicklung der Kinder in NRW ist der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur für Kinder und Familien. Darunter fallen neben Kitas auch die Familienzentren an Kitas und Grundschulen. Eltern benötigen oft in den fragilen Phasen der Familienbildung und -entwicklung Unterstützung und Befähigung für ihr erzieherisches Handeln und die Sicherheit im Umgang mit ihren Kindern. Andersherum ist diese Zusammenarbeit mit den Eltern auch wesentlich, um ihre Aufgaben wahrzunehmen. Dafür müssen Bund und Land gemeinsam ihrer Verantwortung nachkommen. Kitas und Familienzentren müssen vor allem da gebaut und gestärkt werden, wo sie am stärksten benötigt werden. Das ist oft in den Stadtteilen der Fall, in denen Menschen

wohnen, die sich ihrer Rechte nicht so stark bewusst sind und die oft nicht in der Lage sind für ihre Rechte einzustehen. Die Ausweitung des Startchancenprogramms auch auf Kitas ist für die Stärkung der frühkindlichen Bildung in diesen Stadtteilen von besonderer Bedeutung.

Neben der institutionellen Förderung benötigen Familien eine finanzielle Entlastung. Bildung muss für alle Kinder kostenfrei sein. Davon ist Nordrhein-Westfalen weit entfernt. Zumindest ein drittes beitragsfreies Kita-Jahr hatte die Wüst-Regierung den Familien versprochen. Doch davon ist mittlerweile keine Rede mehr. Auch die angekündigte Weiterentwicklung der Lernmittelfreiheit lässt weiterhin auf sich warten.

Gute Bildungspolitik bedeutet auch, dass alle Kita-Kinder und alle Schülerinnen und Schüler in ihren Einrichtungen ein gesundes und kostenloses Mittagessen erhalten, denn gesunde Ernährung in unseren Institutionen ist keine Privatangelegenheit, sondern eine staatliche Aufgabe. Hierzu hat der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ entsprechende Empfehlungen erarbeitet, für die sich auch das Land Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem Bund stark machen muss. Für den Bürgerrat ist ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder eine Investition in die Zukunft und ein Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit. Als Mindeststandard soll die Verpflegung an den DGE-Qualitätsstandards ausgerichtet sein, um gesundes Essen für alle zu ermöglichen und so die Chancengleichheit zu fördern und nicht mehr in Anhängigkeit vom Geldbeutel der Eltern zu stellen.

Was für den Bürgerrat noch Top-Priorität hatte, ist unter Schwarz-Grün in NRW auf die lange Bank verwiesen worden. Während im Koalitionsvertrag noch von Qualitätsstandards für das Schulesen und von kostenfreier Verpflegung in Kitas gesprochen wurde, ist für Eltern und Kinder in unserem Bundesland davon nichts zu spüren. Einheitliche Qualitätsstandards Fehl-anzeige, Frischeküche ist die Ausnahme nicht die Regel. Berufstätige Familien sind lediglich steigende Essensbeiträge gewohnt.

Damit gute Bildung gelingen kann, muss sie in Bund und Land Priorität haben. Dafür benötigt die öffentliche Hand die entsprechenden Spielräume. In kaum einem Land klafft die Vermögensschere zwischen arm und reich so weit auseinander, wie in Deutschland. Die höchsten Vermögen in unserem Land sollten daher bei der Finanzierung der Gemeinschaft stärker in die Verantwortung genommen werden. Das Aufkommen aus Erbschafts- und Schenkungsteuer sowie einer möglichen revitalisierten Vermögensteuer steht den Ländern zu. Durch eine Stärkung der Einnahmeseite der Länder eröffnen sich weitere Spielräume in der Bildungsfinanzierung. Aktuell wird der Bildungsstatus vererbt und Kinder aus finanziell benachteiligten Familien sind dabei die Verlierer. Wenn durch ein höheres Aufkommen aus der Besteuerung großer Erbschaften die Chancengleichheit gefördert wird, wäre dies ein Beitrag sowohl zu sozialer als auch zu Bildungsgerechtigkeit.

II. Beschlussfassung

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- sich gegenüber dem Bund für eine Ausweitung des Startchancenprogramms einzusetzen. Künftig sollen mehr Schulen, vor allem aber auch Kitas in sozial benachteiligten Lagen davon profitieren.
- Gemeinsam mit dem Bund die Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“ umzusetzen und ein kostenfreies und gesundes Mittagessen für alle Kinder in Schulen und Kitas einzuführen.
- Beitragsfreiheit in Kitas und Ganztagsgrundschulen zu verwirklichen, damit gleiche Chancen unabhängig von Wohnort oder sozialer Herkunft Wirklichkeit werden.

- sich gegenüber dem Bund für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer für sehr hohe Vermögen einzusetzen.
- eine Reform der Erbschaftssteuer anzustreben, um gezielt Einnahmen für Verbesserungen in der Bildungspolitik zu generieren.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Dr. Dennis Maelzer
Christin Siebel
Dilek Engin
Andrea Busche
Lena Teschlade

und Fraktion